

Abonnementspreise

Basel und die Schweiz:
 1 Monat Fr. 4.95
 3 Monate Fr. 13.40
 6 Monate Fr. 25.70
 12 Monate Fr. 47.70

Unter persönlicher
 Adresse Zuschlag

Ausland:
 Sendungen unter per-
 sönlicher Adresse mit
 Portozuschlag

Basler Nachrichten

mit Finanz- und Handelsblatt

Redaktion:
 Dufourstrasse 40 - Telephon 2 28 60
 Postcheck-Konto V 2400 (Basel)

Exp.
 Dufourstrasse 40
 Postcheck-Kor

Erscheint wöchentlich 11mal

Preis der Nummer 25 Cts.

Druck und Verlag: Buchdruckerei zum Basler Berichthaus AG., Dufourstrasse 40, Basel, Telephon 2 41 59 - Annoncen-Verwaltung: Publicitas, Schweizerische Annoncen-Expedition

Vertragsentwurf über die Europa-Armee paraphiert + Westmächte drin Beantwortung der Noten wegen Oesterreich + Londoner Abkommen über T

Diese Nummer enthält 5 Beilagen
 mit der Weekend-Seite

«Kleine Motorräder - grosse Möglichkeiten»
 und der literarischen Sonntagsbeilage

Tagesbericht

10. Mai.

Nach sieben
 Jahren.

Dtt. In der vergangenen Woche hat es sich zum siebenten Mal geöhrt, dass der zweite Weltkrieg auf dem europäischen Schauplatz zu Ende gegangen ist. Nach der Kapitulation einzelner deutscher Heeresgruppen wurde der 8. Mai von den Alliierten zum Tag «V» erklärt. An diesem Tag unterzeichneten deutsche Unterhändler in Reims die Gesamtkapitulation aller deutschen Streitkräfte. Es waren hohe deutsche Offiziere, die das Dokument unterschrieben. Die Ironie der Weltgeschichte will es, dass fast auf den Tag genau sieben Jahre später, am 9. Mai 1952, in Paris die europäische Verteidigungsgemeinschaft paraphiert worden ist. Sie ordnet die vorgesehene gemeinsame militärische Verteidigung von sechs europäischen Staaten. Unter ihnen befindet sich die deutsche Bundesrepublik. Diese soll der neuen Europaarmee 12 Divisionen stellen. Das ist die Wendung, die in sieben Jahren die Weltgeschichte genommen hat!

Es entbehrt nicht der Pikanterie, in den Annalen zurückzublättern und nachzulesen, wie es damals, im Mai 1945, eigentlich gewesen ist. Es herrschte gedämpfte Freude. Churchill erklärte in seiner Radioansprache an das englische Volk: «Wir werden uns eine kurze Spanne der Freude gönnen.» Er verband mit dieser «kurzen Spanne» nicht etwa trübe Gedanken gegenüber dem russischen Verbündeten, sondern spielte auf die Tatsache an, dass die Alliierten noch im Krieg gegen Japan standen. Wenige Stunden vor dem Premier hatte sich im übrigen Molotow höchst zuversichtlich über das Ergebnis der interalliierten Besprechungen in San Francisco geäußert und erklärt, es sei «völlige Einmütigkeit» erzielt worden und diese werde den Erfolg der erwarteten Konferenz der Vereinten Nationen sicherstellen. Und da es noch deutsche Truppenverbände gab, die den Widerstand gegen die Russen erbittert fortsetzten, liess sich Churchill vernemen, wenn dieser Widerstand nach Mitternacht des 8. Mai noch andauern werde, so würden diese deutschen Truppen des Schutzes des Kriegsrechtes beraubt und auf jede Art von den alliierten Truppen angegriffen werden. Man nahm die Freundschaft mit Moskau ernst.

Das war die Anfangsstimmung. Es bedurfte nur weniger Tage und die Abkühlung begann bereits. Die Russen leiteten sofort eine Politik der vollendeten Tatsachen, besonders im «befreiten» Polen, ein. Dr. Oeri überschrieb schon seinen Tagesbericht vom 12. Mai mit dem Titel «Krachen im Gebälk» und stellte darin fest, John Bull, resp. seine Fleisch gewordene Personifikation, Winston Churchill, habe ja eine breite Nase, aber ob sie so breit sei, dass Stalin immer wieder russische Nationaltänze darauf produzieren könne, werde sich erst weisen müssen. — Es wies sich bald, dass sie tatsächlich ziemlich breit war. Die

geforderten Sicherungen gegen den Austritt der Deutschen. Aber könnten sie nicht auch gegen ein kommunistisch überranntes Frankreich oder Italien spielen? — Im übrigen waren im Communiqué des gestrigen Morgenblattes alle organisatorischen Einzelheiten vermerkt.

Betrachtet man diesen Vorentwurf einer Europaarmee unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung der letzten sieben Jahre, so stellt er ein bemerkenswertes Dokument dar. Vergleicht man den Grad des alliierten Abrechnungswillens, der 1945 gegenüber dem besiegten Deutschland vorhanden war, mit diesem Entwurf zu einem Schutz- und Trutzbündnis, so muss zugegeben werden, dass die Rehabilitierung Deutschlands in sieben kurzen Jahren sprunghaft vor sich gegangen ist.

Setzt man indessen den Entwurf mit der wirklichen Situation in Beziehung, so erscheint er in manchen Teilen höchst unrealistisch. Denn der deutsche Partner bleibt, auch wenn der Generalvertrag zustande gekommen sein wird, ein Partner mit beschränkter Haftung. Obendrein zeigt sich nun aber immer deutlicher, dass die Wiedervereinigungsvorschläge der Russen die Konzeption der alliierten Deutschlandpolitik erschüttert haben. Denn neuerdings sind es nicht die Engländer und Franzosen, die auf die russischen Ideen eintreten möchten, sondern die Amerikaner bekannten sich in plötzlicher Kehrtwendung zu einer Viererkonferenz über die deutsche Frage. Statt aber die Ueberraschung im westlichen Lager zu verbergen, zeigte man sie breit und öffentlich, nannte man aber alles nur Taktik und ermunterte man die Russen, ihr erfolgreiches Rennen zwischen dem Swinegel und dem Hasen um Deutschland fortzusetzen. Mehr noch. In Paris konnte man sich nicht enthalten, anzudeuten, man fürchte, der russische Wiedervereinigungswille könnte tatsächlich ernst gemeint sein, und so drohe das, was man auf den St. Nimmerleinsberg überschoben hatte, eben die deutsche Wiedervereinigung, nun doch Tatsache zu werden. Man gab also zu, die Opposition gegen Adenauer habe recht, wenn sie behauptet, der Generalvertrag habe den Zweck, die Wiedervereinigung zwischen Ost- und Westdeutschland zu verhindern. Unter solchen Auseinandersetzungen sollen die Deutschen Geschmack bekommen, das, was ihnen vor sieben unheiligen Jahren als ihre erste Todsünde angekreidet worden ist, ihre Liebe fürs Militär, nun wieder als Tugend zu betrachten!

Wir sehen: Die Kluft zwischen Idee und Wirklichkeit, wie sie sich zwischen dem Gedanken einer Europaarmee und dem ungeklärter denn je sich darbietenden Deutschlandproblem auftut, ist in diesen Jubiläumstagen nicht kleiner geworden.

Bundesfinanzminister Schäffer soll im Zusammenhang mit dem Verteidigungsbeitrag mit Rücktritt gedroht haben

ovh. Bonn, 9. Mai. (Privattel.) Ob, wann und wo noch eine Aussenministerkonferenz vor der Unterzeichnung des Generalvertrages stattfinden wird, darüber lässt sich laut einem amtlichen Regierungssprecher Endgültiges noch nicht sagen. Eine entsprechende Anregung ist jedenfalls von deutscher Seite erfolgt, und der amerikanische stellvertretende Hochkommissar, Sam Reber, hat inzwischen die Konferenzabsicht schon bestätigt. Völlig unvorhergesehen kommt die Notwendigkeit dieser Zusammenkunft offenbar

Europa-Armee ein entscheidende zur Einigung Europas, erklä

M. Paris, 9. Mai. (Privattel.) Der von den Experten ausgearbeitete Vertrag über die Europa-Armee wurde am Freitag um 18 Uhr am Quai d'Orsay paraphiert. Vorher hatte ihn der Chef der französischen Experten-Delegation, Botschafter Hervé Alphand, vor der internationalen Presse kommentiert. Alphand wies darauf hin, dass die Paraphie die Regierungen nicht verpflichtet, die immer noch Aenderungen vornehmen können, bevor ihre Vertreter den Vertrag unterzeichnen.

Die Unterzeichnung wird nicht erfolgen, bevor auch der Generalvertrag mit Deutschland fertiggestellt ist.

Botschafter Alphand bemühte sich vor allem, zu zeigen, dass der Vertrag den grossen Linien des Plans entspricht, den Herr Pleven vor anderthalb Jahren anregte.

Es handle sich wirklich um eine europäische Armee und nicht um eine Koalition.

Das Armeekorps enthält, wie bereits gemeldet, drei oder vier Gruppen verschiedener Nationalität. Im Prinzip stellt Frankreich 14 solcher Gruppen, Deutschland und Italien je 12, der Benelux 5. Freilich sind die einzelnen nationalen Gruppen nicht mehr bloss Combat-Teams, sondern umfassen für die Infanterie 13 000 Mann, für die Panzereinheiten und für die motorisierten Einheiten je 12 600 Mann. Es bestehen supranationale Gewalten, nämlich das Kommissariat der europäischen Wehrgemeinschaft, ihr Ministerrat und das Parlament von 87 Mitgliedern. Alphand sprach darum die Ueberzeugung aus, dass es bei der Europa-Armee wie beim Kohle- und Stahl-Pakt sich um einen entscheidenden Schritt auf dem Wege der Einigung Europas handle, und

dass man von einer eigentlichen Revolution auf die Initiative Frankreichs hin sprechen könne.

Die Fusionierung auf dem militärischen, wirtschaftlichen und politischen Boden werde das Wiederaufleben des alten Nationalismus und Militarismus verhindern.

Entgegen dem, was noch vorgestern am Quai d'Orsay gesagt worden war, haben schon die Experten den Modus der Abstimmungen im Rat der Minister festgelegt. Je nach der Wichtigkeit der Frage ist entweder die einfache Mehrheit oder Zweidrittelmehrheit oder schliesslich Einstimmigkeit nötig. In der Zweidrittelmehrheit müssen die Minister der Mächte figu-

rieren, d
 Finanzle
 nanzleis
 mig gut
 für die
 die fra
 müssen
 seische
 eigenen
 Zum
 meist F
 rühren.
 missaria
 Organis
 über de
 riert ab
 schieden
 Regierung
 lischen
 sammen
 «Mo
 der Par
 den Unt
 sterung
 erklärt,
 sein, die
 spiriert
 könne n
 mee, so
 aller, da
 Werk ge
 notwend
 kratisiert
 werde d
 und irr
 einem I
 und mit
 deutsche
 hobenen
 In i
 wed
 blen
 Oste
 Ihr unm
 derer zu
 Ob man
 sierten I
 eilig hat
 Resultat
 ropäisch
 einigten

lich gen
 am best
 festgese
 nettssitz
 morgen
 Sonntag
 durch S
 eine ga
 Regierung
 dann, so
 Stellung
 jetzt de
 erhalten
 Am
 das

Basler Nachrichten

mit Finanz- und Handelsblatt

Erscheint wöchentlich 11mal

Preis der Nummer 25 Cts.

Insertionspreise

Einspaltige Millimeterzelle oder deren Raum: für das Inland 28 Cts. für das Ausland 45 Cts. Reklamen Fr. 1.40 Lokale Rubriken 22 Cts. Wiederholungen 20 Cts.

Papierpreiszuschlag: 2,5 Cts. pro mm-Zelle Reklamen 6,875 Cts.

Rabatt bei grösseren Aufträgen. Datums- und Placierungsvorschriften sind unverbindlich.

Expedition:

Dufourstrasse 40 - Telephon 2 28 60
Postcheck-Konto V 2400 (Basel)

tion:

Telephon 2 28 60
V 2400 (Basel)

er Berichthaus AG., Dufourstrasse 40, Basel, Telephon 2 41 59 - Annoncen-Verwaltung: Publicitas, Schweizerische Annoncen-Expedition AG., Freiestrasse 29, Basel, Telephon 2 29 29

Über die Europa-Armee paraphiert + Westmächte dringen in Moskau auf Noten wegen Oesterreich + Londoner Abkommen über Triest unterzeichnet

en

hkeiten-
eilage

en Woche
nten Mal
eite Welt-
ropäischen
angen ist.
einzelner
en wurde
g «V» er-
deutsche
pitation
ohe deut-
schrieben.
dass fast
am 9. Mai
eidigungs-
ie ordnet
e Verteil-
en. Unter
srepublik.
Divisionen
en Jahren

en Anna-
vie es da-
ist. Es
erklärte
che Volk:
r Freude
Spanne»
dem rüs-
die Tat-
eg gegen
Premier
versicht-
n Bespre-
d erklärt,
rden und
Konferenz
nd da es
die den
fortsetz-
n dieser
noch an-
Truppen
und auf
gegriffen
Moskau

urfte nur
a bereits.
der voll-
iten» Po-
en Tages-
rachen
ohn Bull,
ifikation,
ase, aber
eder rus-
n könne,
wies sich
war. Die

geforderten Sicherungen gegen den Austritt der Deutschen. Aber könnten sie nicht auch gegen ein kommunistisch überranntes Frankreich oder Italien spielen? — Im übrigen waren im Communiqué des gestrigen Morgenblattes alle organisatorischen Einzelheiten vermerkt.

Betrachtet man diesen Vorentwurf einer Europaarmee unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung der letzten sieben Jahre, so stellt er ein bemerkenswertes Dokument dar. Vergleicht man den Grad des alliierten Abrechnungswillens, der 1945 gegenüber dem besiegten Deutschland vorhanden war, mit diesem Entwurf zu einem Schutz- und Trutzbündnis, so muss zugegeben werden, dass die Rehabilitierung Deutschlands in sieben kurzen Jahren sprunghaft vor sich gegangen ist.

Setzt man indessen den Entwurf mit der wirklichen Situation in Beziehung, so erscheint er in manchen Teilen höchst unrealistisch. Denn der deutsche Partner bleibt, auch wenn der Generalvertrag zustande gekommen sein wird, ein Partner mit beschränkter Haftung. Obendrein zeigt sich nun aber immer deutlicher, dass die Wiedervereinigungsvorschläge der Russen die Konzeption der alliierten Deutschlandpolitik erschüttert haben. Denn neuerdings sind es nicht die Engländer und Franzosen, die auf die russischen Ideen eintreten möchten, sondern die Amerikaner bekannnten sich in plötzlicher Kehrtwendung zu einer Viererkonferenz über die deutsche Frage. Statt aber die Ueberraschung im westlichen Lager zu verbergen, zeigte man sie breit und öffentlich, nannte man aber alles nur Taktik und ermunterte man die Russen, ihr erfolgreiches Rennen zwischen dem Swinegel und dem Hasen um Deutschland fortzusetzen. Mehr noch. In Paris konnte man sich nicht enthalten, anzudeuten, man fürchte, der russische Wiedervereinigungswille könnte tatsächlich ernst gemeint sein, und so drohe das, was man auf den St. Nimmerleinsberg verschoben hoffte, eben die deutsche Wiedervereinigung, nun eben Tatsache zu werden. Man sah also zu, die Opposition gegen Adenauer habe recht, wenn sie behauptet, der Generalvertrag habe den Zweck, die Wiedervereinigung zwischen Ost- und Westdeutschland zu verhindern. Unter solchen Auseinandersetzungen sollen die Deutschen Geschmack bekommen, das, was ihnen vor sieben unheiligen Jahren als ihre erste Todsünde angekreidet worden ist, ihre Liebe fürs Militär, nun wieder als Tugend zu betrachten!

Wir sehen: Die Kluft zwischen Idee und Wirklichkeit, wie sie sich zwischen dem Gedanken einer Europaarmee und dem ungeklärter denn je sich darbietenden Deutschlandproblem auftut, ist in diesen Jubiläumstagen nicht kleiner geworden.

Europa-Armee ein entscheidender Schritt auf dem Wege zur Einigung Europas, erklärt Hervé Alphand

M. Paris, 9. Mai. (Privattel.) Der von den Experten ausgearbeitete Vertrag über die Europa-Armee wurde am Freitag um 18 Uhr am Quai d'Orsay paraphiert. Vorher hatte ihn der Chef der französischen Experten-Delegation, Botschafter Hervé Alphand, vor der internationalen Presse kommentiert. Alphand wies darauf hin, dass die Paraphe die Regierungen nicht verpflichtet, die immer noch Aenderungen vornehmen können, bevor ihre Vertreter den Vertrag unterzeichnen.

Die Unterzeichnung wird nicht erfolgen, bevor auch der Generalvertrag mit Deutschland fertiggestellt ist.

Botschafter Alphand bemühte sich vor allem, zu zeigen, dass der Vertrag den grossen Linien des Plans entspricht, den Herr Pleven vor anderthalb Jahren anregte.

Es handle sich wirklich um eine europäische Armee und nicht um eine Koalition.

Das Armeekorps enthält, wie bereits gemeldet, drei oder vier Gruppen verschiedener Nationalität. Im Prinzip stellt Frankreich 14 solcher Gruppen, Deutschland und Italien je 12, der Benelux 5. Freilich sind die einzelnen nationalen Gruppen nicht mehr bloss Combat-Teams, sondern umfassen für die Infanterie 13 000 Mann, für die Panzerseinheiten und für die motorisierten Einheiten je 12 600 Mann. Es bestehen supranationale Gewalten, nämlich das Kommissariat der europäischen Wehrgemeinschaft, ihr Ministerrat und das Parlament von 87 Mitgliedern. Alphand sprach darum die Ueberzeugung aus, dass es bei der Europa-Armee wie beim Kohle- und Stahl-Pakt sich um einen entscheidenden Schritt auf dem Wege der Einigung Europas handle, und

dass man von einer eigentlichen Revolution auf die Initiative Frankreichs hin sprechen könne.

Die Fusionierung auf dem militärischen, wirtschaftlichen und politischen Boden werde das Wiedererwachen des alten Nationalismus und Militarismus verhindern.

Entgegen dem, was noch vorgestern am Quai d'Orsay gesagt worden war, haben schon die Experten den Modus der Abstimmungen im Rat der Minister festgelegt. Je nach der Wichtigkeit der Frage ist entweder die einfache Mehrheit oder Zweidrittelsmehrheit oder schliesslich Einstimmigkeit nötig. In der Zweidrittelsmehrheit müssen die Minister der Mächte figu-

rieren, die zwei Drittel der Heeresbestände und der Finanzleistungen stellen. Das Budget und die Finanzleistungen der einzelnen Staaten sind einstimmig gutzuheissen. Einstimmigkeit wäre auch nötig für die Aenderung der Vertragsbestimmung, dass die französischen Kontingente zahlreicher sein müssen als die deutschen. Die Staaten mit überseeischen Besitzungen haben das Recht, dort ihre eigenen Truppen zu haben.

Zum Vertrag kommen noch Beilagen, die meist Fragen der militärischen Organisation betreffen. Einzelheiten müssen zwischen dem Kommissariat und dem Oberkommando der Atlantik-Organisation vereinbart werden. Das Protokoll über den Standort der Truppen ist bereit, figuriert aber nicht im Vertrag. Die Sitzfrage der verschiedenen Behörden der Organisation ist von den Regierungen zu regeln. Ebenso wird auf der Regierungsstufe darüber verhandelt, wie die englischen Truppen mit der europäischen Armee zusammenarbeiten könnten.

«Monde» schreibt, dass man am heutigen Tag der Paraphierung eine grosse Erleichterung bei den Unterhändlern und keinerlei Spur von Begeisterung im Publikum feststellen könne. «Monde» erklärt, mit der Idee durchaus einverstanden zu sein, die den Plan Pleven wie den Plan Schuman inspiriert habe. Aber eine solche Unternehmung könne nicht improvisiert werden. Die Europa-Armee, so wie sie vorbereitet werde, sei nur ein pisaller, das unter dem Druck der Amerikaner ins Werk gesetzt werde. In Deutschland appelliere man notwendigerweise an die Elemente, die der Demokratisierung am wenigsten günstig sind. Vor allem werde die Europa-Armee mit einem gespaltenen und irredentistischen Deutschland gemacht, in einem Klima erhöhter internationaler Spannung und mit der Perspektive, dass sich bald eine rote deutsche Armee der von der Bundesrepublik ausgehobenen Kräften entgegenstelle.

In ihrer heutigen Form löse die Europa-Armee weder das deutsche noch das europäische Problem. Sie erschwere die Regelung mit dem Osten.

Ihr unmittelbarster Vorteil sei, die Wahlposition derer zu stärken, die sie in den USA. befürworten. Ob man daraus schliessen müsse, dass die interessierten Parlamente es mit der Ratifizierung nicht eilig haben werden, wenn einmal das gewünschte Resultat erreicht sei, nämlich die Wahl eines «europäischen» Kandidaten zum Präsidenten der Vereinigten Staaten?

Bundesfinanzminister Schäffer soll im Zusammenhang mit dem Verteidigungsbeitrag mit Rücktritt gedroht haben

ovh. Bonn, 9. Mai. (Privattel.) Ob, wann und wo noch eine Aussenministerkonferenz vor der Unterzeichnung des Generalvertrages stattfinden wird, darüber lässt sich laut einem amtlichen Regierungssprecher Endgültiges noch nicht sagen. Eine entsprechende Anregung ist jedenfalls von deutscher Seite erfolgt, und der amerikanische stellvertretende Hochkommissar, Sam Reber, hat inzwischen die Konferenzabsicht schon bestätigt. Völlig unvorhergesehen kommt die

ser seiner Verantwortlichkeit für vereinbar hält. Wohl deswegen setzt er sich in den gegenwärtigen Schlussverhandlungen beispielsweise auch dafür ein, dass die für die bisherigen Besetzungskosten vielfach kennzeichnenden «Luxusausgaben» für den künftigen Verteidigungsbeitrag fortfallen, wobei das von Schäffer für möglich gehaltene Ausmass von zwei Milliarden (bei einem Gesamtbetrag von 6,8 Milliarden) zum mindesten illustrativen Wert hat.

lich genug sein mag, übrig geblieben. Dies erhält am besten das für die weitere interne Behandlung festgesetzte Programm. In einer ganztägigen Kabinettsitzung mit den Fraktionsvorständen wird morgen das Vertragswerk behandelt werden. Für Sonntag ist weitere Unterrichtung der Parteien durch Sachverständige und für Montag wiederum eine ganztägige Verhandlung von Kabinett und Regierungsfractionen in Aussicht genommen. Erst dann, so rechnet man, wird das Ziel, die definitive Stellungnahme zum Generalvertrag, der im übrigen jetzt den Titel «Deutschland-Vertrag» erhalten hat, erreicht sein.

Am kennzeichnendsten für die Situation ist,

10. Mai.

Nach sieben Jahren.

Dtt. In der vergangenen Woche hat es sich zum siebenten Mal geöhrt, dass der zweite Weltkrieg auf dem europäischen Schauplatz zu Ende gegangen ist. Nach der Kapitulation einzelner deutscher Heeresgruppen wurde

der 8. Mai von den Alliierten zum Tag «V» erklärt. An diesem Tag unterzeichneten deutsche Unterhändler in Reims die Gesamtkapitulation aller deutschen Streitkräfte. Es waren hohe deutsche Offiziere, die das Dokument unterschrieben. Die Ironie der Weltgeschichte will es, dass fast auf den Tag genau sieben Jahre später, am 9. Mai 1952, in Paris die europäische Verteidigungsgemeinschaft parapiert worden ist. Sie ordnet die vorgesehene gemeinsame militärische Verteidigung von sechs europäischen Staaten. Unter ihnen befindet sich die deutsche Bundesrepublik. Diese soll der neuen Europaarmee 12 Divisionen stellen. Das ist die Wendung, die in sieben Jahren die Weltgeschichte genommen hat!

Es entbehrt nicht der Pikanterie, in den Annalen zurückzublättern und nachzulesen, wie es damals, im Mai 1945, eigentlich gewesen ist. Es herrschte gedämpfte Freude. Churchill erklärte in seiner Radioansprache an das englische Volk: «Wir werden uns eine kurze Spanne der Freude gönnen.» Er verband mit dieser «kurzen Spanne» nicht etwa trübe Gedanken gegenüber den russischen Verbündeten, sondern spielte auf die Tatsache an, dass die Alliierten noch im Krieg gegen Japan standen. Wenige Stunden vor dem Premier hatte sich im übrigen Molotow höchst zuversichtlich über das Ergebnis der interalliierten Besprechungen in San Francisco geäußert und erklärt, es sei «völlige Einmütigkeit» erzielt worden und diese werde den Erfolg der erwarteten Konferenz der Vereinigten Nationen sicherstellen. Und da es noch deutsche Truppenverbände gab, die den Widerstand gegen die Russen erbittert fortsetzten, liess sich Churchill vernehmen, wenn dieser Widerstand nach Mitternacht des 8. Mai noch andauern werde, so würden diese deutschen Truppen des Schutzes des Kriegsrechtes beraubt und auf jede Art von den alliierten Truppen angegriffen werden. Man nahm die Freundschaft mit Moskau ernst.

Das war die Anfangsstimmung. Es bedurfte nur weniger Tage und die Abkühlung begann bereits. Die Russen leiteten sofort eine Politik der vollendeten Tatsachen, besonders im «befreiten» Polen, ein. Dr. Oeri überschrieb schon seinen Tagesbericht vom 12. Mai mit dem Titel «Krachen im Gebälk» und stellte darin fest, John Bull, resp. seine Fleisch gewordene Personifikation, Winston Churchill, habe ja eine breite Nase, aber ob sie so breit sei, dass Stalin immer wieder russische Nationaltänze darauf produzieren könne, werde sich erst weisen müssen. — Es wies sich bald, dass sie tatsächlich ziemlich breit war. Die Vermutung, die in jenen Maitagen vor sieben Jahren in Londoner Informationen geäußert wurde, Stalin werde jede Anregung einer Dreierkonferenz über Deutschland hinauszuziehen trachten, und er sei an einem baldigen Frieden mit Deutschland nicht interessiert, weil er, solange Amerika noch mit Japan beschäftigt war, seinen roten Weizen von den Feldern der europäischen Ernte unter Dach zu kriegen trachtete, erwies sich als richtig. Amerika betrieb fürs erste den Russen gegenüber peinlich genaueste Erfüllungspolitik, es zwang John Bull, ihm darin zu folgen — und die russischen Nationaltänze auf seiner Nase zu dulden. Stalins Absichten gelang es, mit dem besetzten Ostdeutschland ein festes Pfand für alles, was fortan in Europa geschah, in seine Hand zu bekommen. Das Ergebnis sind, sieben Jahre später, 12 deutsche Divisionen für die Europaarmee und eine ziemlich zugespitzte Diskussion über den westdeutschen-alliierten Generalvertrag.

Der Plan der Europaarmee, der in Paris aufgelegt und parapiert worden ist, ist ein Vertragsentwurf. Zum Vertrag kann er werden, sobald er von den Parlamenten der an ihm beteiligten Länder ratifiziert worden ist. Mitgliedstaaten der vorgeschlagenen Europaarmee sind Frankreich, Westdeutschland, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg. Das militärische Ziel ist, ein einheitlich gekleidetes, ausgerüstetes und ausgebildetes Heer aufzustellen. Das politische Ziel kommt in der Bestimmung zum Ausdruck, jeder Angriff gegen irgendeinen der sechs Staaten werde als Angriff gegen alle betrachtet. Es gibt in diesem Fall nicht die üblichen Konsultationen, ob die Bündnispflicht zum Mitmachen zwingt, sondern sofort den gemeinsamen Kampf. Umgekehrt darf aber auch kein Mitglied aus der Gemeinschaft ausbrechen: England und Amerika als Garanten würden gegen den Ausbrecher eingreifen. Praktisch handelt es sich hier um die

bemerkenswertes Dokument dar. Vergleicht man den Grad des alliierten Abrechnungswillens, der 1945 gegenüber dem besiegten Deutschland vorhanden war, mit diesem Entwurf zu einem Schutz- und Trutzbündnis, so muss zugegeben werden, dass die Rehabilitierung Deutschlands in sieben kurzen Jahren sprunghaft vor sich gegangen ist.

Setzt man indessen den Entwurf mit der wirklichen Situation in Beziehung, so erscheint er in manchen Teilen höchst unrealistisch. Denn der deutsche Partner bleibt, auch wenn der Generalvertrag zustandegekommen sein wird, ein Partner mit beschränkter Haftung. Obendrein zeigt sich nun aber immer deutlicher, dass die Wiedervereinigungsvorschläge der Russen die Konzeption der alliierten Deutschlandpolitik erschüttert haben. Denn neuerdings sind es nicht die Engländer und Franzosen, die auf die russischen Ideen eintreten möchten, sondern die Amerikaner bekannten sich in plötzlicher Kehrtwendung zu einer Viererkonferenz über die deutsche Frage. Statt aber die Ueberraschung im westlichen Lager zu verbergen, zeigte man sie breit und öffentlich, nannte man aber alles nur Taktik und ermunterte man die Russen, ihr erfolgreiches Rennen zwischen dem Swinegel und dem Hasen um Deutschland fortzusetzen. Mehr noch. In Paris konnte man sich nicht enthalten, anzudeuten, man fürchte, der russische Wiedervereinigungswille könnte tatsächlich ernst gemeint sein und so drohe das, was man auf den St. Nimmerleinswiese verschoben hoffte, eben die deutsche Wiedervereinigung, nun doch Tatsache zu werden. Man gab 1952 zu, die Opposition gegen Adenauer habe recht, wenn sie behauptet, der Generalvertrag habe den Zweck, die Wiedervereinigung zwischen Ost- und Westdeutschland zu verhindern. Unter solchen Auseinandersetzungen sollen die Deutschen Geschmack bekommen, das, was ihnen vor sieben unheiligen Jahren als ihre erste Todsünde angekreidet worden ist, ihre Liebe fürs Militär, nun wieder als Tugend zu betrachten!

Wir sehen: Die Kluft zwischen Idee und Wirklichkeit, wie sie sich zwischen dem Gedanken einer Europaarmee und dem ungeklärter denn je sich darbietenden Deutschlandproblem auftut, ist in diesen Jubiläumstagen nicht kleiner geworden.

Bundesfinanzminister Schäffer soll im Zusammenhang mit dem Verteidigungsbeitrag mit Rücktritt gedroht haben

ovh. Bonn, 9. Mai. (Privattel.) Ob, wann und wo noch eine Aussenministerkonferenz vor der Unterzeichnung des Generalvertrages stattfinden wird, darüber lässt sich laut einem amtlichen Regierungssprecher Endgültiges noch nicht sagen. Eine entsprechende Anregung ist jedenfalls von deutscher Seite erfolgt, und der amerikanische stellvertretende Hochkommissar, Sam Reber, hat inzwischen die Konferenzabsicht schon bestätigt. Völlig unvorhergesehen kommt die Notwendigkeit dieser Zusammenkunft offenbar nicht, denn Reber fügte hinzu, die Hochkommissare hätten zwar Instruktionen, so wenig Punkte wie möglich offen zu lassen, aber einige Probleme würden eben doch nur in einer weiteren Konferenz auf höherer Ebene gelöst werden können. Einerseits mag diese Einstellung schon in den Zusammenhang gehören, die sich in dem kürzlichen unerwarteten Flug des britischen Hochkommissars nach London an einem Tage hin und zurück zu einer Aussprache mit Aussenminister Eden abzeichnete, die eine Folge der sichtbar gewordenen innerdeutschen Bedenken gegen einige Bestimmungen des Vertragswerkes gewesen sein dürfte. Andererseits zeigt die genannte amerikanische Interpretation das Mass, an dem die Krisenbehauptungen vernünftigerweise zu messen wären, die sich in deutschen Zeitungen und teilweise mit dramatisierenden Zügen finden. Dies trifft nach speziellen Informationen in erster Linie auf die Rücktritts-«Drohung» des Bundesfinanzministers Schäffer zu, zu der dieser sich nach der gestrigen fast neunstündigen Beratung mit den Hochkommissaren veranlasst gesehen haben soll, in welcher in der Hauptsache der finanzielle deutsche Verteidigungsbeitrag diskutiert worden ist. Während nämlich deutscherseits eine direkte Zahlung der Gesamtsumme von 11,25 Milliarden Mark an die europäische Verteidigungsgemeinschaft gewünscht wird, wollen die Besetzungsmächte nicht dieser die Aufteilung überlassen, sondern fordern eine vorherige Abzweigung der Beträge, die für die in der Bundesrepublik künftig als Sicherungstruppen verbleibenden Verbände zu zahlen sein sollen. Wenn Minister Schäffer jetzt von Fronten sprach, die sich in den Verhandlungen «ziemlich stark» gegenüberstehen, so wird man hierin vor allem die alte Erfahrung bestätigt sehen können, dass, wenn es um Geld geht, jeder Verhandlungspartner das Bestmögliche zu erreichen versucht. Ebenso ist aber naheliegend, dass der für den Bundeshaushalt verantwortliche Minister für Grenzen kämpft, die er eben mit die-

schafter Hervé Alphand, vor der internationalen Presse kommentiert. Alphand wies darauf hin, dass die Paraphe die Regierungen nicht verpflichtet, die immer noch Aenderungen vornehmen können, bevor ihre Vertreter den Vertrag unterzeichnen.

Die Unterzeichnung wird nicht erfolgen, bevor auch der Generalvertrag mit Deutschland fertiggestellt ist.

Botschafter Alphand bemühte sich vor allem, zu zeigen, dass der Vertrag den grossen Linien des Plans entspricht, den Herr Pleven vor anderthalb Jahren anregte.

Es handle sich wirklich um eine europäische Armee und nicht um eine Koalition.

Das Armeekorps enthält, wie bereits gemeldet, drei oder vier Gruppen verschiedener Nationalität. Im Prinzip stellt Frankreich 14 solcher Gruppen, Deutschland und Italien je 12, der Benelux 5. Freilich sind die einzelnen nationalen Gruppen nicht mehr bloss Combat-Teams, sondern umfassen für die Infanterie 13 000 Mann, für die Panzereinheiten und für die motorisierten Einheiten je 12 600 Mann. Es bestehen supranationale Gewalten, nämlich das Kommissariat der europäischen Wehrgemeinschaft, ihr Ministerrat und das Parlament von 87 Mitgliedern. Alphand sprach darum die Ueberzeugung aus, dass es bei der Europa-Armee wie beim Kohle- und Stahl-Pakt sich um einen entscheidenden Schritt auf dem Wege der Einigung Europas handle, und

dass man von einer eigentlichen Revolution auf die Initiative Frankreichs hin sprechen könne.

Die Fusionierung auf dem militärischen, wirtschaftlichen und politischen Boden werde das Wiedererwachen des alten Nationalismus und Militarismus verhindern.

Entgegen dem, was noch vorgestern am Quai d'Orsay gesagt worden war, haben schon die Experten den Modus der Abstimmungen im Rat der Minister festgelegt. Je nach der Wichtigkeit der Frage ist entweder die einfache Mehrheit oder Zweidrittelmehrheit oder schliesslich Einstimmigkeit nötig. In der Zweidrittelmehrheit müssen die Minister der Mächte figu-

Aussenminister der Westmächte dem 23. und 29. Mai in Bonn

Bonn, 9. Mai. Ag. (DPA.) In Bonn erklärte Bundeskanzler Adenauer am Freitagabend, der Generalvertrag, der das Besetzungsstatut ablösen und der Bundesregierung umfassende Hoheitsrechte übertragen werde, noch im Mai von den Aussenministern der beteiligten Mächte unterzeichnet werden. Die Aussenminister würden wahrscheinlich zwischen dem 23. und 29. Mai nach Bonn kommen. Die nächste Konferenz mit den alliierten Hochkommissaren finde nach den dreitägigen Kabinettsberatungen am Dienstag nächster Woche statt.

Was die Haltung der Regierungsparteien anbetrifft, ist innerhalb der CDU ungeachtet der bei den Finanzberatungen noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten laut verantwortlichen Fraktionsmitgliedern ein Teil der anfänglichen Bedenken in sich zusammengeschumpft, was auf Regierungsseite als die erwartete Folge des genauen Studiums des Vertragstextes angesehen wird. Indessen ist ein Rest, den zu tragen pein-

Bonner Regierung prüft Entwurf der Antwort an Moskau

Bonn, 9. Mai. Ag. (DPA.) Bundeskanzler Dr. Adenauer teilte am Freitag dem Bundeskabinett mit, mit der Ueberreichung der westlichen Antwort auf die sowjetische Deutschland-Note vom 9. April sei in aller Kürze zu rechnen. Der Kanzler, der das Kabinett über den Entwurf der Antwortnote unterrichtete, wies darauf hin, dass die Bundesregierung und Berlin ihretwegen konsultiert worden seien.

Wie DPA. von unterrichteter Seite erfährt, werden in der westlichen Antwortnote sehr präzise Fragen an die Sowjetunion gerichtet. Sie beziehen sich, wie verlautet, sowohl auf die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen als auch auf das Zustandekommen einer gesamtdeutschen Regierung.

die fr
müssen
seesich
eigene
Zum
meist
rühren
missar
Organi
über d
riert a
schiefe
Regier
gierung
lischen
samme
« M
der Pa
den Un
sterung
erklärt
sein, di
spiriert
könne
mee, so
aller, d
Werk g
notwen
krtasie
werde
und in
einem
und m
deutsch
hobene
In
we
ble
Os
Ihr un
derer z
Ob mar
sierten
eilig ha
Resulta
ropäisch
einigter

lich ge
am bes
festgese
nettssit
morgen
Sonntag
durch S
eine ga
Regieru
dann, se
Stellung
jetzt de
erhalten
Am
das
und
in e
erfo
wir
urs
Hierbei
Kreise s
gangen.
Vier Sc
der U
New Y
ralversar
Kommiss
die Abha
tete am
Sowjetbe
treten. E
zeitige E
gefügt, v
beantwo
während
den deu
kommissi
können.
Berlin,
Freitag
deutsche
sundheits
ten. In e
heisst es
ernannt
In wes
erklärt,

nen Woche
benten Mal
weite Welt-
europäischen
gegangen ist.
on einzelner
open wurde
Tag «V» er-
n deutsche
kapitulation
hohe deut-
erschrieben.
s, dass fast
am 9. Mai
rteidigungs-
Sie ordnet
che Verteil-
ten. Unter
desrepublik.
Divisionen
eben Jahren

den Anna-
wie es da-
sen ist. Es
ill erklärte
tsche Volk:
der Freude
en Spanne-
den die Tat-
rieg gegen
em Premier
zuversicht-
ten Bespre-
nd erklärt,
worden und
Konferenz
Und da es
die den
rt fortsetz-
vonn dieser
ai noch an-
en Truppen
ot und auf
angegriffen
mit Moskau

edurfte nur
nn bereits.
k der voll-
reiten» Po-
nen Tages-
Krachen
John Bull,
onifikation,
Nase, aber
wieder rus-
ren könne,
wies sich
t war. Die
vor sieben
geäußert
er Dreier-
hen trach-
rieden mit
r, solange
war, seinen
ropäischen
te, erwies
erste den
Erfüllungs-
zu folgen
auf seiner
gelang es,
stes Pfand
h, in seine
nd, sieben
für die
pitze Dis-
ten Gene-

bemerkenswertes Dokument dar. Vergleicht man den Grad des alliierten Abrechnungswillens, der 1945 gegenüber dem besiegten Deutschland vorhanden war, mit diesem Entwurf zu einem Schutz- und Trutzbündnis, so muss zugegeben werden, dass die Rehabilitierung Deutschlands in sieben kurzen Jahren sprunghaft vor sich gegangen ist.

Setzt man indessen den Entwurf mit der wirklichen Situation in Beziehung, so erscheint er in manchen Teilen höchst unrealistisch. Denn der deutsche Partner bleibt, auch wenn der Generalvertrag zustandegekommen sein wird, ein Partner mit beschränkter Haftung. Obendrein zeigt sich nun aber immer deutlicher, dass die Wiedervereinigungsvorschläge der Russen die Konzeption der alliierten Deutschlandpolitik erschüttert haben. Denn neuerdings sind es nicht die Engländer und Franzosen, die auf die russischen Ideen eintreten möchten, sondern die Amerikaner bekannten sich in plötzlicher Kehrtwendung zu einer Viererkonferenz über die deutsche Frage. Statt aber die Ueberraschung im westlichen Lager zu verbergen, zeigte man sie breit und öffentlich, nannte man aber alles nur Taktik und ermunterte man die Russen, ihr erfolgreiches Rennen zwischen dem Swinegel und dem Hasen um Deutschland fortzusetzen. Mehr noch. In Paris konnte man sich nicht enthalten, anzudeuten, man fürchte, der russische Wiedervereinigungswille könnte tatsächlich ernst gemeint sein, und so drohe das, was man auf den St. Nimmerleinswiese verschoben hatte, eben die deutsche Wiedervereinigung, nun noch Tatsache zu werden. Man gab also zu, die Opposition gegen Adenauer habe recht, wenn sie behauptet, der Generalvertrag habe den Zweck, die Wiedervereinigung zwischen Ost- und Westdeutschland zu verhindern. Unter solchen Auseinandersetzungen sollen die Deutschen Geschmack bekommen, das, was ihnen vor sieben unheiligen Jahren als ihre erste Todsünde angekreidet worden ist, ihre Liebe fürs Militär, nun wieder als Tugend zu betrachten!

Wir sehen: Die Kluft zwischen Idee und Wirklichkeit, wie sie sich zwischen dem Gedanken einer Europaarmee und dem ungeklärter denn je sich darbietenden Deutschlandproblem auftut, ist in diesen Jubiläumstagen nicht kleiner geworden.

schafter Hervé Alphand, vor der internationalen Presse kommentiert. Alphand wies darauf hin, dass die Paraphe die Regierungen nicht verpflichtet, die immer noch Aenderungen vornehmen können, bevor ihre Vertreter den Vertrag unterzeichnen.

Die Unterzeichnung wird nicht erfolgen, bevor auch der Generalvertrag mit Deutschland fertiggestellt ist.

Botschafter Alphand bemühte sich vor allem, zu zeigen, dass der Vertrag den grossen Linien des Plans entspricht, den Herr Pleven vor anderthalb Jahren anregte.

Es handle sich wirklich um eine europäische Armee und nicht um eine Koalition.

Das Armeekorps enthält, wie bereits gemeldet, drei oder vier Gruppen verschiedener Nationalität. Im Prinzip stellt Frankreich 14 solcher Gruppen, Deutschland und Italien je 12, der Benelux 5. Freilich sind die einzelnen nationalen Gruppen nicht mehr bloss Combat-Teams, sondern umfassen für die Infanterie 13 000 Mann, für die Panzereinheiten und für die motorisierten Einheiten je 12 600 Mann. Es bestehen supranationale Gewalten, nämlich das Kommissariat der europäischen Wehrgemeinschaft, ihr Ministerrat und das Parlament von 87 Mitgliedern. Alphand sprach darum die Ueberzeugung aus, dass es bei der Europa-Armee wie beim Kohle- und Stahl-Pakt sich um einen entscheidenden Schritt auf dem Wege der Einigung Europas handle, und

dass man von einer eigentlichen Revolution auf die Initiative Frankreichs hin sprechen könne.

Die Fusionierung auf dem militärischen, wirtschaftlichen und politischen Boden werde das Wiedererwachen des alten Nationalismus und Militarismus verhindern.

Entgegen dem, was noch vorgestern am Quai d'Orsay gesagt worden war, haben schon die Experten den Modus der Abstimmungen im Rat der Minister festgelegt. Je nach der Wichtigkeit der Frage ist entweder die einfache Mehrheit oder Zweidrittelmehrheit oder schliesslich Einstimmigkeit nötig. In der Zweidrittelmehrheit müssen die Minister der Mächte figu-

die französischen Kontingente zahlreicher sein müssen als die deutschen. Die Staaten mit überseeischen Besitzungen haben das Recht, dort ihre eigenen Truppen zu haben.

Zum Vertrag kommen noch Beilagen, die meist Fragen der militärischen Organisation betreffen. Einzelheiten müssen zwischen dem Kommissariat und dem Oberkommando der Atlantik-Organisation vereinbart werden. Das Protokoll über den Standort der Truppen ist bereit, figuriert aber nicht im Vertrag. Die Sitzfrage der verschiedenen Behörden der Organisation ist von den Regierungen zu regeln. Ebenso wird auf der Regierungsstufe darüber verhandelt, wie die englischen Truppen mit der europäischen Armee zusammenarbeiten könnten.

«M o n d e» schreibt, dass man am heutigen Tag der Paraphierung eine grosse Erleichterung bei den Unterhändlern und keinerlei Spur von Begeisterung im Publikum feststellen könne. «Monde» erklärt, mit der Idee durchaus einverstanden zu sein, die den Plan Pleven wie den Plan Schuman inspiriert habe. Aber eine solche Unternehmung könne nicht improvisiert werden. Die Europa-Armee, so wie sie vorbereitet werde, sei nur ein Pionier, das unter dem Druck der Amerikaner ins Werk gesetzt werde. In Deutschland appelliere man notwendigerweise an die Elemente, die der Demokratisierung am wenigsten günstig sind. Vor allem werde die Europa-Armee mit einem gespaltenen und irredentistischen Deutschland gemacht, in einem Klima erhöhter internationaler Spannung und mit der Perspektive, dass sich bald eine rote deutsche Armee den von der Bundesrepublik ausgehobenen Kräften entgegenstelle.

In ihrer heutigen Form löse die Europa-Armee weder das deutsche noch das europäische Problem. Sie erschwere die Regelung mit dem Osten.

Ihr unmittelbarer Vorteil sei, die Wahlposition derer zu stärken, die sie in den USA. befürworten. Ob man daraus schliessen müsse, dass die interessierten Parlamente es mit der Ratifizierung nicht eilig haben werden, wenn einmal das gewünschte Resultat erreicht sei, nämlich die Wahl eines «europäischen» Kandidaten zum Präsidenten der Vereinigten Staaten?

Bundesfinanzminister Schäffer soll im Zusammenhang mit dem Verteidigungsbeitrag mit Rücktritt gedroht haben

ovh. Bonn, 9. Mai. (Privattel.) Ob, wann und wo noch eine Aussenministerkonferenz vor der Unterzeichnung des Generalvertrages stattfinden wird, darüber lässt sich laut einem amtlichen Regierungssprecher Endgültiges noch nicht sagen. Eine entsprechende Anregung ist jedenfalls von deutscher Seite erfolgt, und der amerikanische stellvertretende Hochkommissar, Sam Reber, hat inzwischen die Konferenzabsicht schon bestätigt. Völlig unvorhergesehen kommt die Notwendigkeit dieser Zusammenkunft offenbar nicht, denn Reber fügte hinzu, die Hochkommissare hätten zwar Instruktionen, so wenig Punkte wie möglich offen zu lassen, aber einige Probleme würden eben doch nur in einer weiteren Konferenz auf höherer Ebene gelöst werden können. Einerseits mag diese Einstellung schon in den Zusammenhang gehören, die sich in dem kürzlichen unerwarteten Flug des britischen Hochkommissars nach London an einem Tage hin und zurück zu einer Aussprache mit Aussenminister Eden abzeichnete, die eine Folge der sichtbar gewordenen innerdeutschen Bedenken gegen einige Bestimmungen des Vertragswerkes gewesen sein dürfte. Andererseits zeigt die genannte amerikanische Interpretation das Mass, an dem die Krisenbehauptungen vernünftigerweise zu messen wären, die sich in deutschen Zeitungen und teilweise mit dramatisierenden Zügen finden. Dies trifft nach speziellen Informationen in erster Linie auf die Rücktritts-«Drohung» des Bundesfinanzministers Schäffer zu, zu der dieser sich nach der gestrigen fast neunstündigen Beratung mit den Hochkommissaren veranlasst gesehen haben soll, in welcher in der Hauptsache der finanzielle deutsche Verteidigungsbeitrag diskutiert worden ist. Während nämlich deutscherseits eine direkte Zahlung der Gesamtsumme von 11,25 Milliarden Mark an die europäische Verteidigungsgemeinschaft gewünscht wird, wollen die Besetzungsmächte nicht dieser die Aufteilung überlassen, sondern fordern eine vorherige Abzweigung der Beträge, die für die in der Bundesrepublik künftig als Sicherungstruppen verbleibenden Verbände zu zahlen sein sollen. Wenn Minister Schäffer jetzt von Fronten sprach, die sich in den Verhandlungen «ziemlich stark» gegenüberstehen, so wird man hierin vor allem die alte Erfahrung bestätigt sehen können, dass, wenn es um Geld geht, jeder Verhandlungspartner das Bestmögliche zu erreichen versucht. Ebenso ist aber naheliegend, dass der für den Bundeshaushalt verantwortliche Minister für Grenzen kämpft, die er eben mit die-

ser seiner Verantwortlichkeit für vereinbar hält. Wohl deswegen setzt er sich in den gegenwärtigen Schlussverhandlungen beispielsweise auch dafür ein, dass die für die bisherigen Besetzungskosten vielfach kennzeichnenden «Luxusausgaben» für den künftigen Verteidigungsbeitrag fortfallen, wobei das von Schäffer für möglich gehaltene Ausmass von zwei Milliarden (bei einem Gesamtbetrag von 6,8 Milliarden) zum mindesten illustrativen Wert hat.

Was die Haltung der Regierungsparteien anbetrifft, ist innerhalb der CDU. ungeachtet der bei den Finanzberatungen noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten laut verantwortlichen Fraktionsmitgliedern ein Teil der anfänglichen Bedenken in sich zusammengeschrunpft, was auf Regierungsseite als die erwartete Folge des genauen Studiums des Vertragstextes angesehen wird. Indessen ist ein Rest, den zu tragen pein-

Aussenminister der Westmächte werden zwischen dem 23. und 29. Mai in Bonn erwartet

Bonn, 9. Mai. Ag. (DPA.) In Bonn erklärte Bundeskanzler Adenauer am Freitagabend, der Generalvertrag, der das Besetzungsstatut ablösen und der Bundesregierung umfassende Hoheitsrechte übertragen werde noch im Mai von den Aussenministern der beteiligten Mächte unterzeichnet werden. Die Aussenminister würden wahrscheinlich zwischen dem 23. und 29. Mai nach Bonn kommen. Die nächste Konferenz mit den alliierten Hochkommissaren finde nach den dreitägigen Kabinettsberatungen am Dienstag nächster Woche statt.

Bonner Regierung prüft Entwurf der Antwort an Moskau

Bonn, 9. Mai. Ag. (DPA.) Bundeskanzler Dr. Adenauer teilte am Freitag dem Bundeskabinett mit, mit der Ueberreichung der westlichen Antwort auf die sowjetische Deutschland-Note vom 9. April sei in aller Kürze zu rechnen. Der Kanzler, der das Kabinett über den Entwurf der Antwortnote unterrichtete, wies darauf hin, dass die Bundesregierung und Berlin ihretwegen konsultiert worden seien.

Wie DPA. von unterrichteter Seite erfährt, werden in der westlichen Antwortnote sehr präzise Fragen an die Sowjetunion gerichtet. Sie beziehen sich, wie verlautet, sowohl auf die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen als auch auf das Zustandekommen einer gesamtdeutschen Regierung.

lich genug sein mag, übrig geblieben. Dies erhellt am besten das für die weitere interne Behandlung festgesetzte Programm. In einer ganztägigen Kabinettsitzung mit den Fraktionsvorständen wird morgen das Vertragswerk behandelt werden. Für Sonntag ist weitere Unterrichtung der Parteien durch Sachverständige und für Montag wiederum eine ganztägige Verhandlung von Kabinett und Regierungsfractionen in Aussicht genommen. Erst dann, so rechnet man, wird das Ziel, die definitive Stellungnahme zum Generalvertrag, der im übrigen jetzt den Titel «Deutschland-Vertrag» erhalten hat, erreicht sein.

Am kennzeichnendsten für die Situation ist, dass allseits, von der sozialistischen Opposition und ihren Aeusserungen natürlich abgesehen, in erster Linie nicht mehr die schliesslich doch erfolgende Zustimmung in Zweifel gezogen wird, sondern hauptsächlich die Möglichkeit, ursprüngliche Terminsetzungen einzuhalten.

Hierbei sind allerdings hiesige amerikanische Kreise schon auf «noch im Mai» bereits zurückgegangen.

Vier Schreiben der Deutschland-Kommission der Uno an General Tschuikow blieben unbeantwortet

New York, 9. Mai. Ag. (Reuter.) Die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen eingesetzte Kommission zur Untersuchung der Verhältnisse für die Abhaltung freier, gesamtdeutscher Wahlen berichtete am Freitag, es sei ihr nicht gelungen, mit den Sowjetbehörden in Deutschland in Verbindung zu treten. Es bestünden «wenig Aussichten» auf eine derzeitige Erfüllung ihrer Aufgabe. Im Bericht wird beigefügt, vier Schreiben an General Tschuikow seien unbeantwortet geblieben. Indessen habe die Kommission während ihres Aufenthaltes in Bonn und Berlin mit den deutschen Behörden und der alliierten Hochkommission «befriedigende» Vereinbarungen treffen können.

Wechsel im sowjetdeutschen Innenministerium

Berlin, 9. Mai. Ag. (Reuter.) Wie in Ostberlin am Freitag offiziell bekanntgegeben wurde, ist der ostdeutsche Innenminister Karl Steinhoff aus Gesundheitsrücksichten von seinem Amte zurückgetreten. In einer Erklärung der Kanzlei Präsident Piecks heisst es, zum neuen Innenminister sei Willi Stoph ernannt worden.

In westdeutschen Kreisen hatte man letzte Woche erklärt, Steinhoff sei einer Säuberungsaktion